



Interviews

Datum: 16. Februar 2024

Katharina Schulze, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag in Bayern, im Gespräch mit Friedbert Meurer

Friedbert Meurer: Etwas besser als den Parteifreunden und Freundinnen in Biberach in Baden-Württemberg erging es den Grünen beim politischen Aschermittwoch vorgestern in Landshut in Bayern. Auch hier gab es zwar Bauernproteste, aber die blieben wohl friedlich.

Katharina Schulze ist die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag in Bayern. Guten Morgen, Frau Schulze!

Katharina Schulze: Schönen guten Morgen.

Meurer: Die Landwirte waren zu Dutzenden und mehr im Saal bei Ihnen und haben Sie ausgebuht. War das okay für Sie?

Schulze: Ich fand unseren politischen Aschermittwoch in Landshut gelungen. Es gab auch viel Applaus und mal einen Buhruf muss man in der Politik auch aushalten. Ansonsten gab es eine Demonstration vor Ort und das ist auch absolut fein. Demonstrieren gehört in der Demokratie dazu. Solange es friedlich bleibt, solange keine Gewalt, keine Einschüchterungen und Bedrohungen stattfinden, finde ich das auch absolut im Rahmen.

Meurer: Würden Sie sagen, es gab da so etwas wie ein Gespräch zwischen Ihnen und anderen Grünen und den Landwirten, oder ist es doch eher bei diesem Buhen und Pfeifen geblieben?

Schulze: Nein, nein. Wenn Demonstrationen vor meinen Veranstaltungen stattfinden, bemühe ich mich immer, ein Gespräch zu suchen. In Landshut stand ich auch auf der Bühne. Mir wurde ein Positionspapier überreicht. Ich habe auch ein paar Worte gesagt und solche Dinge halte ich für absolut wichtig. Schwierig wird es, wenn man merkt, dass das Gegenüber gar nicht diskutieren möchte, weil ich finde den Satz immer ganz wichtig, man sollte immer in ein Gespräch reingehen mit der Haltung, der andere könnte auch mal recht haben. Wenn ich aber nur buhe und nur schreie, dann höre ich nicht so gut, was die andere Person sagt, und ich glaube, da gilt es, miteinander zu reden statt sich niederzubrüllen.

Meurer: Haben Sie eine Erklärung, Frau Schulze, warum es bei Ihnen in Landshut in Bayern friedlich war, keine Gewalt, aber ganz anders in Biberach in Baden-Württemberg?

Schulze: Mich haben die Erzählungen und auch die Bilder aus Biberach geschockt, weil Demonstrationen gehören wie gesagt zu einer lebendigen Demokratie dazu. Wenn aber Polizisten angegangen werden, wenn eine Scheibe eingeschlagen wird, wenn so ein hohes Bedrohungspotenzial herrscht, dann ist das absolut indiskutabel und dann ist auch eine rote Linie überschritten. Ich finde, dieses Momentum dort sollte alle Demokratinnen und Demokraten aufrütteln, denn in einer Demokratie gehört es dazu, dass Parteien Veranstaltungen machen, zur öffentlichen Willensbildung einladen, und dann kann man auch gerne kommen und sagen, dass einem nicht alles so gut gefällt. Aber wenn solche Grenzüberschreitungen stattfinden, dann ist wirklich eine rote Linie überschritten.

Meurer: Sie müssen mit diesen Grenzüberschreitungen fast jeden Tag leben, haben Sie gesagt, über Social Media, Beleidigungen, Sie werden beschimpft, als weibliche Politikerin mit Vergewaltigung sogar bedroht. Einmal flog auch ein Stein auf die Bühne. Das war, glaube ich, letztes Jahr, nicht dieses Mal. Wer hasst da die Grünen so sehr?

Schulze: Ich mache jetzt schon seit zehn Jahren Politik im bayerischen Landtag und ich kann ganz klar sagen, meiner Wahrnehmung nach ist es massiver und mehr geworden. Ich habe auch gemerkt, dass sich so etwas verändert hat. In den ersten Jahren war das oft Hansi95, der irgendwie mit einem Fake-Profil die Pest an den Hals gewünscht hat, und in den letzten Jahren ist das viel mehr auch mit Klarnamen oder mit netten Kinderfotos, und trotzdem ist die Vergewaltigungsandrohung im Postfach gelandet.

Meurer: Das waren Familienväter, wie Sie sagen, mit Kinderfotos?

Schulze: Ja, ich gehe davon aus. Man weiß auch nie, wer dieses Foto ist. Aber ich zeige mittlerweile auch sehr, sehr konsequent an, habe auch schon einige Erfolge erzielt. Und dass es aus Worten zu Taten kommt, hat der Steinwurf im letzten bayerischen Landtagswahlkampf gezeigt. Das ist absolut indiskutabel, weil Gewalt ist kein Mittel der politischen Auseinandersetzung.

Mir ist es aber wichtig, an dem Punkt zu sagen, dass ich es jetzt in der Hinsicht noch besser habe, weil ich ein Team habe. Ich habe ein Büro, was mir hilft, diese ganzen Sachen anzuzeigen. Aber wie viele Menschen gibt es in dieser Bundesrepublik, die dankenswerterweise sich ehrenamtlich für die Gesellschaft einsetzen, sei es in der Kommunalpolitik, bei der Feuerwehr, im Handballsportverein, und die ja ebenfalls gerade in den letzten Jahren massiver

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

über Social Media angefeindet werden, und das ist das hoch Gefährliche für unsere Demokratie, weil dadurch Menschen zurückgedrängt werden sollen und manche sich auch zurückziehen und damit unsere Demokratie angegriffen wird.

Meurer: Sie haben gesagt, Frau Schulze, dass Sie solche Beleidigungen online in sozialen Netzwerken an die Polizei weitergegeben haben und dass Sie Erfolg gehabt hätten. Was ist da genau passiert? Wie hat die Polizei, wie haben die Behörden reagiert?

Schulze: Da war bei mir auch, ehrlich gesagt, eine Entwicklung. Ich habe am Anfang immer gedacht, ich müsste das aushalten und ich lösche das jetzt einfach und so schlimm ist es ja nicht. Dann habe ich irgendwann gemerkt, das belastet einen schon, egal wie dick die Haut ist, egal wie man da drübersteht. Es macht was mit einem, wenn man ständig so was liest. Dann habe ich meine Taktik geändert und habe gesagt, nein, ich zeige das jetzt konsequent an. Manchmal führen die Ermittlungen ins Nichts, manchmal habe ich aber auch Erfolg, dann wird das Gegenüber ermittelt, muss 500 Euro an eine Organisation meiner Wahl spenden oder muss sich entschuldigen oder so.

Meurer: Aber das geht nur über Klarnamen, nicht bei Hansi95?

Schulze: Ja, genau. Das muss dann von polizeilicher Seite ermittelt werden und dann komme ich gleich zur politischen Forderung. Ich glaube, neben Demokratiebildung und Medienkompetenz und Stärkung des demokratischen Gemeinwesens müssen wir als Politikerinnen und Politiker unsere Sicherheitsbehörden besser ausstatten, dass wir ausreichend Polizistinnen und Polizisten haben, die diese Ermittlungsarbeit auch durchführen können, und vor allem müssen wir auch die Justiz stärken, weil alles, was Polizei ermittelt, landet dann bei der Justiz und wenn da der Flaschenhals ist, weil es dort zu wenige Richterinnen und Richter gibt, dann haben wir auf der Seite das Problem. Da ist was ganz Konkretes, was Politik tun kann, weil das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Ich kann jemand nicht auf der Straße beleidigen und ich darf das im Internet auch nicht.

Meurer: Es gibt auch eine Diskussion darüber, ob vielleicht in der Politik in Berlin etwas falschläuft. Wir haben eben den Innenminister von Baden-Württemberg, Strobl, gehört: Gutes Regieren hilft, die Ampel streitet sich ständig und ist ein Brandbeschleuniger. – Was sagen Sie dazu?

Schulze: Das finde ich eine gewagte These, weil nach 16 Jahren Große Koalition muss die Ampel-Regierung viele Modernisierungsschritte parallel machen. Vieles ist, finde ich, der Ampel-Regierung auch sehr, sehr gut gelungen. Manche anderen Sachen waren kommunikativ oder handwerklich nicht optimal. Das muss in Zukunft besser werden.

Gleichzeitig darf man aber auch nicht vergessen, dass wir Grüne in der politischen Mitte sind und damit auch Gegner, Konkurrenz für andere Parteien. Da komme ich zu meinem zentralen Punkt. Ich bin ja selber lange Jahre Handballerin gewesen. Ich habe kein Problem mit Wettbewerb und inhaltlicher Auseinandersetzung.

Meurer: Sie waren Kreisläuferin. Das ist ein besonders harter Job.

Schulze: Genau! – Damit habe ich kein Problem, aber ich appelliere da wirklich auch an die demokratischen Mitbewerberinnen und Mitbewerber. Lasst uns gerne inhaltlich hart streiten, aber hier nicht Falschmeldungen oder ebenfalls Feindbilder an die Wand malen, weil am Ende stärkt das die Demokratiefeinde, die keinerlei Interesse an demokratischen Parteien und Politikerinnen und Politikern haben. Die Leute, die früher irgendwie „Merkel muss weg“ geschrien haben, rufen jetzt „Ampel muss weg“. Wer weiß, was sie als nächstes schreien. Ich glaube, da haben wir als Demokratinnen und Demokraten jetzt wirklich lauter rote Signallampen gesehen. Wir müssen da zusammenstehen und unsere Demokratie verteidigen, und dazu gehört ein Wettstreit der Ideen, aber bitte mit Anstand und Respekt.

Meurer: Anstand und Respekt ist auf jeden Fall erforderlich. – Ziehen Sie sich den Schuh an, dass man den Grünen sagen kann, ihr habt so viele Forderungen in Sachen Tierschutz, Lieferketten und so weiter, aber dann müssen es bestimmte Berufsgruppen materiell ausbaden. Und die Bauern in Bayern sagen dann, mein Hof geht vor die Hunde.

Schulze: Ich kann den Frust von Landwirtinnen und Landwirten verstehen. Das ist ein so wichtiger Job, der in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer schwieriger geworden ist. Die verfehlte Agrarpolitik trägt einen Namen und das ist CSU/CDU. Die haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten dort die Verantwortung getragen.

Meurer: Aber das mit dem Diesel und dem Benzin, das kommt aus Berlin.

Schulze: Ich wollte es gerade sagen. Die Agrardiesel-Subvention, das war der erste Entwurf, der kam nicht richtig. Das fanden auch wir bayerischen Grünen so. Wir haben dann

gleich einen Brief geschrieben an Herrn Scholz, an Herrn Lindner und auch an uns Grüne und haben unseren Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir da unterstützt. Jetzt gibt es ja auch einen Kompromiss. Es wurden ein paar Sachen auch wieder zurückgenommen und das halte ich für richtig und für gut. Aber das Grundproblem bei der Landwirtschaft ist ja das: Eine mangelnde Planbarkeit, dieses wachse oder weiche, je mehr Tiere du hast, je mehr Fläche du hast, desto mehr Unterstützung bekommst du. Da müssen wir auch an anderen Stell-schrauben arbeiten, dass Landwirtinnen und Landwirte von ihrer wichtigen Arbeit auch gut leben können.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.